

8. Juli 1986

→ BSSpv. Kraus

Anlage zum KMS vom 4. April 1986 Nr. II/9-8/2 344

Ergebnisniederschrift

über die Besprechung der Bezirksschülersprecher für die Gymnasien
zusammen mit den Ministerialbeauftragten im Staatsministerium für
Unterricht und Kultus am 5. März 1986

Vorsitz: Ministerialdirigent Dr. Kitzinger

Teilnehmer: Staatsminister Professor Maier

Die Ministerialbeauftragten für die Gymnasien

Die Bezirksschülersprecher für die Gymnasien
(mit Ausnahme von Oberbayern-West und Mittelfranken) *)

Oberstudiendirektor Harrer, Vorsitzender der
Landesarbeitsgemeinschaft SMV

Ministerialrat Dr. Rust

Ministerialrat Dr. Pütterich

Ministerialrat Mündlein

Ministerialrat Dr. Dietz (zeitweise anwesend)

Ministerialrat Dr. Ruprecht

Ministerialrat Flury

Ministerialrat Fromholzer

Studiendirektor Riedl

Dauer: 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr

*) Aus dem Bezirk Oberbayern-Ost war der Stellvertreter anwesend.

Tagesordnung

1. Änderung der Schulordnung für die Gymnasien
2. Termin für die Entlassung der Abiturienten
3. Vorbereitung einer Bekanntmachung über die Verwendung von Umweltschutzpapier in den Schulen
4. Information über Lehrpläne
 - 4.1 Informatik
 - 4.2 Dramatisches Gestalten
5. Verschiedenes

Zu 1.:

Ministerialrat Dr. Rust gibt einen Überblick über die Anlässe, die eine Änderung der GSO in einigen Punkten notwendig gemacht haben. Insbesondere sind hier in jüngster Zeit gefallene Entscheidungen zu nennen, wie z.B. eine Vereinbarung der Kultusministerkonferenz, der Gerichtsentscheid zum Sozialwissenschaftlichen Gymnasium, die Einführung neuer Lehrpläne und neuer Fremdsprachen sowie die Änderung der Schulaufgabenrichtzahlen.

Die Frage von Bezirksschülersprecher Kraus (Ufr.), wie die geforderte Öffnung des Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums für Buben vor sich gehen werde, wird dahingehend beantwortet, daß an Schulen mit Koedukation und einem sozialwissenschaftlichen Zweig für Mädchen auf Antrag voraussichtlich schon ab Schuljahr 1986/87 der sozialwissenschaftliche Zweig für Buben geöffnet werden könne. Reine Mädchenschulen sollten als solche erhalten bleiben. Der Zugang von Buben zum sozialwissenschaftlichen Zweig werfe insgesamt eine Reihe von Fragen auf, von notwendigen Baumaßnahmen für den Sachaufwandsträger bis hin zu einer Revision der geltenden Lehrpläne, die ausschließlich auf Mädchen zugeschnitten seien.

Eine weitere Frage der Bezirksschülersprecher betrifft die beabsichtigten Änderungen der §§ 82 u 83 GSO. Ministerialrat Mündlein und Ministerialrat Dr. Pütterich erläutern den Sachverhalt. Es gehe letzten Endes darum, die Situation sog. "anderer Bewerber" an die der regulären Abiturienten anzunähern.

Die das Abitur betreffenden Änderungen werden am 1. April 1986, die übrigen Änderungen am 1. August 1986 in Kraft treten.

Zu 2.:

Gegenwärtig muß sich das Gymnasium darauf einstellen, daß durch die Verlängerung der Wehrdienstzeit voraussichtlich der Entlassungstermin der Abiturienten vom Schuljahr 1988/89 an um einen Monat auf den 31. Mai vorverlegt werden muß.

Staatsminister Prof. Maier weist nachdrücklich darauf hin, daß die Entscheidung, den Termin für die Entlassung der Abiturienten um vier Wochen vorzuverlegen, in keinem Zusammenhang mit gelegentlichen Forderungen nach einer generellen Verkürzung der gymnasialen Ausbildungszeit stehe. Eine solche komme nach wie vor nicht in Betracht. Vielmehr habe er durch den mit der Bundeswehr und den Universitäten erzielten Kompromiß der Situation der betroffenen Abiturienten Rechnung getragen. Jede Seite habe ihren Teil dazu beigetragen, daß der Kompromiß möglich geworden sei, die Bundeswehr durch Vorverlegung des Einberufungstermins sowie durch Anpassungen bei der Urlaubsregelung, die Universitäten durch einheitliche Verlegung des Semesterbeginns auf 1. November. Im Gymnasialbereich gehe es jetzt um die Erarbeitung einer Lösung, die möglichst keine Beeinträchtigung der Unterrichtszeit in Jahrgangsstufe 13 bedeute.

Zu 3.:

Mit dem Tagesordnungspunkt wird ein Thema der letztjährigen Besprechung wieder aufgenommen (vgl. Nr. 2.2 der Niederschrift, die mit KMS vom 25. April 1985 Nr. II/9-8/42 365 den Ministerialbeauftragten zugeleitet wurde). Ministerialrat Dr. Dietz erläutert den

gegenwärtigen Sachstand. Der Text für die Bekanntmachung sei vorbereitet, die Zustimmung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen werde in Kürze erfolgen.

Die Aussprache weitet sich auf andere Fragen des Umweltschutzes aus. Gerade der Schülermitverantwortung bietet sich in diesem Bereich insofern ein lohnendes Betätigungsfeld, als sie vor Ort richtungsweisende Impulse geben kann. In diesem Zusammenhang lobt der Ministerialbeauftragte für die Gymnasien in Oberbayern-Ost, OStD Holzbauer, das anhaltende Interesse und Engagement der Schüler in Fragen des Umweltschutzes. Dabei dürfe man freilich nicht dem Fehler verfallen, sich durch geglückte Einzelmaßnahmen eine leichte Alibimöglichkeit zu verschaffen. Vielmehr handele es sich beim Umweltschutz um ein umfassendes, die gesamte Gesellschaft herausforderndes Anliegen. Jeder einzelne sei aufgefordert, bei sich selbst den Anfang zu machen im Sinne eines "hic Rhodus, hic salta".

Zu 4.:

- a) Ministerialrat Dr. Ruprecht informiert über den Stand der Lehrpläne für den Grundkurs Informatik. Falls die Lehrpläne für die Jahrgangsstufen 12 und 13 wie geplant noch heuer in Kraft treten, kann erstmals 1988 die Colloquiumsprüfung in Informatik abgelegt werden.
- b) Ministerialrat Flury weist darauf hin, daß es bereits seit Einführung der Kollegstufe einen Grundkurs Dramatisches Gestalten gibt. Der jetzt veröffentlichte Lehrplan stelle einen Rahmen dar, aus dem ausgewählt werden könne. Unterschieden werde zwischen personalem und medialem Spiel. Im übrigen enthalte der Lehrplan keinen verbindlichen Kanon von Stücken.

./.

Zu 5.:

- a) Im Zusammenhang mit dem Meinungsaustausch über Lehrpläne gibt Bezirksschülersprecher Polland (Ndb.) zu bedenken, daß für die im Leistungskurs Geschichte vorgesehene Behandlung der Nachkriegsgeschichte zu wenig Zeit zur Verfügung stehe. Andererseits wird festgestellt, daß eine Umverteilung der Schwerpunkte innerhalb des Lehrplans zu Lasten der Behandlung des Dritten Reiches ginge.

Staatsminister Prof. Maier spricht sich angesichts der Tatsache, daß die Nachkriegsgeschichte mittlerweile bereits einen Zeitraum von mehr als 40 Jahren umfasse, dennoch dafür aus, dem Anliegen im Rahmen künftiger Lehrplanrevisionen angemessen Rechnung zu tragen.

- b) Die Schülersprecher stellen fest, daß das Staatsministerium in der Vergangenheit Anträge der Schülersprecher, die auf eine Änderung der GSO abzielten, mit dem Hinweis beantwortet habe, eine Änderung sei nicht beabsichtigt. Nunmehr zeige sich, daß doch eine Änderung der GSO vorbereitet werde. Ministerialrat Dr. Rust weist demgegenüber darauf hin, daß die vergleichsweise geringe Zahl der jetzt vorgenommenen Änderungen auf Zwängen beruhe, daß aber das Staatsministerium weiterhin das Ziel verfolge, dem allgemeinen Bedürfnis nach Rechtssicherheit und Rechtsbeständigkeit dadurch entgegenzukommen, daß auch künftig die Zahl der Änderungen möglichst gering gehalten werde. Die Anträge der Schülersprecher würden jedoch im Staatsministerium vorgemerkt und in die Entscheidung über etwaige Änderungen einbezogen. Dieses Verfahren finde auch bei Änderungswünschen der verschiedenen Verbände Anwendung. Staatsminister Prof. Maier macht deutlich, daß das Staatsministerium keineswegs eine Praxis der "Einigelung" verfolge. Andererseits sei die Zahl der an das Staatsministerium gerichteten Wünsche so hoch, daß eine Berücksichtigung oder auch eine ausführliche Stellungnahme vielfach nicht möglich sei. Den Schülersprechern wird jedoch zugesagt, daß das Staatsministerium in künftigen Schreiben verstärkt bemüht sein werde, auf die jeweiligen Sachzusammenhänge detaillierter einzugehen.

Staatsminister Prof. Maier betont in diesem Zusammenhang sein Interesse an der Fortsetzung des direkten Meinungsaustausches mit den Schülersprechern und sagt seine Teilnahme auch an der Besprechung im kommenden Jahr zu. Gleichzeitig stellt er den Schülervertretern im Rahmen der nächsten Aussprache eine zusätzliche Fragestunde im kleinen Kreis in Aussicht.

- c) Den Bezirksschülersprechern wird anheimgegeben, wichtige Anträge, die im Anschluß an Aussprachetagungen der vergangenen Jahre an das Staatsministeriums gerichtet und nur in knapper Form verbeschrieben wurden, in einer der nächsten Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft SMV zusammenzustellen und dem Staatsministerium erneut zuzuleiten.
- d) Weitere Fragen der Schüler, die von den Vertretern des Staatsministeriums beantwortet werden, betreffen
- die Stundentafel in Jahrgangsstufe 11,
 - die Möglichkeiten fächerübergreifenden Unterrichts sowie
 - das Verhältnis von Unterrichtsstoff und Freiraum in den Lehrplänen.
- e) - Die Bezirksschülersprecher beklagen sich, daß sie die Einladung zur Besprechung erst sehr spät erhalten hätten. Um die Möglichkeit von Verzögerungen zu verringern, wird künftig gleichzeitig mit dem Versand der Einladung an die Ministerialbeauftragten den Schulen der Bezirksschülersprecher ein Abdruck zur Kenntnisnahme zugeleitet.
- Im Hinblick auf die manchen Schülersprechern durch die Teilnahme an der Veranstaltung entstehenden erheblichen Auslagen wurde im vergangenen Jahr das Abrechnungsverfahren dahingehend geändert, daß vom Ministerialbeauftragten ein Vorschuß auf die zu erwartenden Reisekosten gewährt werden kann.

München, den . März 1986

.....
(Der Schriftführer)

.....
(Der Vorsitzende)